

Chronik

Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats 1988

Die vom 23.–25. März 1988 in Marburg abgehaltene Wissenschaftliche Jahrestagung des J. G. Herder-Forschungsrats behandelte in Fortsetzung der vom 17.–19. September 1987 von der Fachkommission Zeitgeschichte an gleicher Stelle durchgeführten Tagung, die dem Thema: „Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Teil I: 1943–1956“ gewidmet war¹, „Veränderungen in Ostmitteleuropa vom XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 bis zu Gomułkas Sturz im Dezember 1970“.

Nach den Begrüßungsworten des Präsidenten des J. G. Herder-Forschungsrats, Prof. Dr. Gotthold Rhode, eröffnete Stephan Dolezel vom Göttinger Institut für den wissenschaftlichen Film die Reihe der Beiträge mit einer Filmvorführung über: „Prag 1968. Die tschechoslowakische Wochenschau vom 27. August“ und erörterte anschließend Möglichkeiten und Grenzen dieser zeitgeschichtlichen Quellengattung, indem er anhand der Bildauswahl, der Schnitte, der unterlegten Musik und der Wortwahl des Kommentators aufzeigte, wie die Autoren dieses Films angesichts der damaligen unklaren politischen Zukunft des Landes und einer zutiefst erregten Öffentlichkeit vergeblich um eine einheitliche Sprachregelung bemüht waren.

Am folgenden Vormittag wurde in fünf Beiträgen die „Entstalinisierung“ behandelt. In einer kurzen Einführung wies Gotthold Rhode auf die Aktualität des Tagungsthemas angesichts der sich mehrenden Anzeichen von „glasnost“ und „perestrojka“ in der Sowjetunion hin und bedauerte, daß sich für das vorgesehene Thema: „Stalins zweimaliger Tod 1953 und 1956“ kein „Sowjetologe“ habe gewinnen lassen. Anschließend behandelte Ivan Pfaff (Heidelberg) „Erste Anzeichen der Entstalinisierung in der Tschechoslowakei“, wo parteiintern bereits am 10. April 1956 eine erste Diskussion über Chruščëvs Geheimrede stattfand und in der Forderung der Parteibasis nach einem Außerordentlichen Parteitag gipfelte. Sie wurde jedoch von der Parteiführung sehr rasch und entschlossen beendet, die die Arbeiterschaft gegen die um den „Tschechoslowakischen Schriftstellerkongreß“ als „Gewissen der Nation“ gescharten Intellektuellen mobilisierte, denen der Rückhalt in der Bevölkerung fehlte. Daher blieb in der Tschechoslowakei jedes Echo auf die Ereignisse in Polen und Ungarn aus.

Diese waren Gegenstand der nächsten beiden Referate. Zunächst sprach Karl Hartmann (Köln) zum Thema: „Der Posener Aufstand vom 28. Juni 1956 und der polnische ‚Frühling im Oktober‘“. In Polen fielen die Reaktionen auf Stalins Tod besonders heftig aus. Adam Ważyks „Gedicht für Erwachsene“ vom August 1955 und die 300-Jahrfeier der Erklärung der Jungfrau Maria zur Königin Polens in Tschenstochau, an der im August 1956 über eine Million Gläubige teilnahmen, waren untrügliche Symptome einer wachsenden Gärung unter der Bevölkerung. Der „Oktoberumschwung“ brachte in einer Phase nationaler Hochstimmung unter sowjetischer Billigung die Rückkehr von Władysław Gomułka an die Spitze der Partei; doch blieben Truppen der Roten Armee in Polen stationiert und auch der Demokratisierungsprozeß wurde gebremst, sobald die neue Führungsmannschaft ihre Stellung gefestigt hatte. So gesehen bedeutete der „Frühling im Oktober“ keine weitgehende Liberalisierung in Polen.

1) Vgl. ZfO 37 (1988), S. 153–156.

Der Frage, inwieweit sich der ungarische Volksaufstand auf die Entwicklung in Polen und in der Tschechoslowakei auswirkte, gingen Csaba J. Kenéz (Marburg) und Vilem Prečan (Scheinfeld-Schwarzenberg) in ihrem Doppelreferat: „Der Aufstand in Ungarn – seine Rückwirkungen in Polen und in der ČSSR“ nach. Zunächst erinnerte Kenéz an die historisch gewachsenen, bis ins Emotionelle reichenden Affinitäten zwischen Ungarn und Polen, die sich über die Jahre 1848/49 hinaus zurückverfolgen lassen. Noch in den letzten Oktobertagen des Jahres 1956 erklärte sich die polnische Parteipresse mit den ungarischen Genossen solidarisch, ehe am 2. November der Umschwung einsetzte. Zwar blieben die Sympathien der Polen für die „ungarische Oktoberrevolution“ auch nach deren Niederschlagung ungebrochen und verschafften der neuen Parteiführung unter Gomułka eine gewisse Atempause, doch zog die Sowjetmacht ihrem Handeln unverrückbare Grenzen. In der Tschechoslowakei hingegen verhielten sich Partei und Volk dem ungarischen Freiheitsstreben gegenüber auf Grund traditioneller Animositäten ausgesprochen feindselig. So hatte es die politische Führung leicht, das sowjetische Vorgehen mittels einer großangelegten Propagandakampagne zu unterstützen und militärischen Beistand zur Niederwerfung der ungarischen „Konterrevolution“ anzubieten.

Der westlichen Öffentlichkeit sind die „Tendenzen in der KP Lettlands und Estlands nach 1956“, über die Egil Levits (Kiel) referierte, weitgehend unbekannt geblieben. Erste Symptome einer „Entstalinisierung“ machten sich hier schon unmittelbar nach Stalins Tod bemerkbar, als sich die KPdSU veranlaßt sah, Spitzenpositionen in der KP beider Länder zunehmend mit Einheimischen zu besetzen, und als einige Literaten damit begannen, das bis dahin mit einem Tabu belegte Thema der Massendeportationen 1940/41 und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufzugreifen. Der Konflikt mit der Moskauer Zentrale kulminierte in der Forderung nach einer Beendigung der „Rusifizierung“ der baltischen Republiken und löste 1959/60 energische russische Gegenmaßnahmen in Form einer „Säuberung“ der lokalen Parteien Estlands und Lettlands und einer straffen Disziplinierung der Presse aus.

Die Reihe von vier Vorträgen zum Thema: „Kleine Stabilisierung – wirtschaftliche Reformen“ eröffnete Peter Raina (Berlin) mit seinem ausgiebig diskutierten Referat über: „Władysław Gomułka, die Sowjetunion und die polnische Nation“, in welchem er den politischen Stil des langjährigen polnischen Parteichefs als vor allem in seiner Biographie begründet bezeichnete. Der einfachsten Verhältnissen entstammende und von Kindheit an größter materieller Not ausgesetzte Gomułka war ganz der Typus des humorlosen Apparatschiks, der allen Intellektuellen, schon weil sie zunächst meist Stalinisten und später „Revisionisten“ waren, prinzipiell mißtraute, aber gleichwohl ein reiches kulturelles Leben zuließ. Auch in den Auseinandersetzungen des Jahres 1968 mit ihren scharf ausgeprägten antisemitischen Akzenten sei es ihm – wie in seinem ganzen politischen Leben – um die Bewahrung der polnischen Identität gegangen.

Anschließend erläuterte Heinrich Mrowka (Marburg) in weit ausholender historischer Perspektive „Polens neue Nationalitätenpolitik nach 1956 – vor allem gegenüber den Deutschen“ und machte u. a. auch auf die wenig bekannte „Deutschenpolitik“ der DDR aufmerksam, die die in Polen noch verbliebenen Deutschen schon 1952 gegen den Widerspruch der polnischen Behörden für sich reklamierte, wobei sie sich auf das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 5. November 1913 berief. Von 1958 an gab es nach offizieller polnischer Sprachregelung auch in Pommern und Niederschlesien nur noch „Autochthone“, denen in der Presse oftmals zusätzlich das Epitheton „Revanchisten“ beigelegt wurde, ohne daß derartige repressive Maßnahmen dieses nach wie vor aktuelle Problem einer Lösung näher gebracht hätten.

In einem weiteren Doppelreferat behandelten Karl von Delhaes (Marburg) und Wolfgang Quaisser (München) „Wirtschaftsreformen in Polen in der Industrie – Die

Rückkehr zum Individualbauerntum“. Getreu sowjetischem Vorbild standen bis 1956 die absolute Priorität der Schwerindustrie, die auch nach Stalins Tod fort dauerte, sowie die zentrale Lenkung der Wirtschaft zu keiner Zeit zur Disposition. Der Posener Aufstand hatte seinen Ursprung nicht allein in der katastrophalen Wirtschaftslage, sondern eher noch in der Forderung der Arbeiter nach den ihnen von der Regierung verweigerten traditionell sozialdemokratisch-gewerkschaftlich orientierten Arbeiterräten und führte immerhin zur Ablösung einiger verschlissener Kader; doch wird in Polen bis heute die Stabilisierung der Macht der Partei allen Erfordernissen der Ökonomie vorgezogen. Als bleibendes Ergebnis des Jahres 1956 stellte sich in Polen hingegen die Entkollektivierung seiner Landwirtschaft heraus, die ihre Ursachen in einer gewissen politischen Liberalisierung, der seit 1954 stagnierenden Kollektivierung und den dieser entgegenstehenden bäuerlichen Traditionen hatte. Der von der Partei propagierte Slogan „Industrialisierung plus Kollektivierung“ als unerlässliches Vehikel des gesellschaftlichen Fortschritts erwies sich als totaler Fehlschlag vor allem auch deswegen, weil die ländliche Bevölkerung seit der Zerschlagung einer eigenständischen Bauernpartei strikt antikommunistisch eingestellt war. Die Folge davon war, daß die Landwirtschaft mangels notwendiger Investitionen seitens der Regierung „praktisch ausgetrocknet“ wurde.

Den Themenkomplex abschließend sprach Hans-Jürgen Karp (Marburg) über „Neues kirchliches Leben in Polen seit 1956“ und konzentrierte sich dabei – ausgehend von der am 26. Oktober 1956 erfolgten Entlassung Kardinal Wyszyńskis aus der Internierung – auf eine Gegenüberstellung der gegensätzlichen kirchenpolitischen Positionen Gomulka und des Primas, die sich beide anlässlich des polnischen Millenniums mit der Nation identifizieren wollten. Die daraus zwangsläufig resultierenden Spannungen entluden sich vor allem anlässlich des von Partei und gelenkter öffentlicher Meinung heftig kritisierten Briefwechsels der polnischen Bischöfe mit ihren deutschen Amtsbrüdern vom November 1965 sowie der Parteinahme der Kirche für die scharfen Restriktionen ausgesetzten Studenten und Intellektuellen im März 1968.

Wesentlich kritischer als Peter Raina setzte sich auch Jörg K. H o e n s c h (Saarbrücken) in seinem Referat: „Gegen Revisionismus und Zionismus. Gomulka, die Intellektuellen und die ‚Märzereignisse‘ von 1968“ mit der vor allem auf kulturellen Gebiet praktizierten repressiven Politik des Parteichefs auseinander, der seit dem israelischen Sechstagekrieg vom Juni 1967 den Innenminister Mieczyslaw Moczar unter grobschlächtigen Parolen wie denjenigen von der „Achse Bonn – Tel Aviv“ bzw. der „zionistischen Fünften Kolonne“ gegen die angeblich „jüdisch verseuchte“ Intelligenz vorgehen ließ. Von den etwa 30000 in Polen noch ansässigen Juden, denen man nunmehr das Heimatrecht bestritt, verließen damals etwa 25000 das Land. Die von der Arbeiter-schaft isolierten Intellektuellen fielen erneuter Disziplinierung anheim.

Im anschließenden Vortrag: „Der ‚Prager Frühling‘, seine Vorgeschichte und das sowjetische Eingreifen“ wies Heinrich Georg K o s t a (Frankfurt a. M.) mit Nachdruck darauf hin, daß die seit 1966/67 von kommunistischen Intellektuellen inaugurierte Wirtschaftsreform nicht der entscheidende Grund für den Einmarsch von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei gewesen sei, sondern die Bedrohung des Monopolanpruchs der Partei auf Leitung und Kontrolle, über deren Zustand die Sowjetunion über ihren Prager Botschafter stets aufs Genaueste unterrichtet war. Die Arbeiterschaft, die sich zunächst abwartend verhalten hatte, ging erst nach der Invasion vom 13. August 1968 auf die Seite der Reformier über, ohne doch deren Schicksal wenden zu können.

Nach einer durch den Besuch der Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Dorothee Wilms, bedingten Unterbrechung beendete Helmut Wagner (Berlin) die diesjährige Tagung mit seinem Referat: „Der Dezember 1970 in Polen“, der das

Ende der Ära Gomułka bedeutete, dessen Vertrauen nach vierzehnjähriger Parteiführung vor allem bei der Arbeiterschaft restlos aufgezehrt war. Die durch die Ankündigung drastischer Preiserhöhungen am 10. Dezember zunächst in Danzig ausgelösten Unruhen griffen rasch auf weitere Küstenstädte über und klangen auch nach dem Sturz des Parteichefs, der als „nicht mehr zeitgemäß“ empfunden wurde, erst allmählich ab. Die neue Führung unter Edward Gierek vermochte zwar das politische System nochmals zu stabilisieren, ohne doch – wie sich erweisen sollte – vor einer Wiederholung derartiger Vorgänge sicher sein zu können.

Eine Veröffentlichung der Referate, die sämtlich lebhaft diskutiert wurden, ist in Aussicht genommen.

Marburg a. d. Lahn

Hans-Werner Rautenberg

**Jahrestagung 1988 des Arbeitskreises für Historische Kartographie
in Verbindung mit dem Institut Nordostdeutsches Kulturwerk
(Lüneburg, 28. April – 1. Mai 1988)**

Der seit mehr als 30 Jahren existierende Arbeitskreis trifft sich seit 1968 in jährlichem Turnus. Die erste Sitzung war 1957 in Marburg. Nach Lüneburg kamen 62 Fachleute aus der Bundesrepublik Deutschland, Österreich, der Schweiz und Polen.

Nach Grußworten von Prof. Dr. Heinz Stöob (Münster), dem Vorsitzenden des Arbeitskreises, und Dr. Eckhard Jäger (Lüneburg) in Vertretung des Direktors des Instituts Nordostdeutsches Kulturwerk war die 1. Arbeitssitzung am Freitag vormittag dem niedersächsischen Raum gewidmet. Heinz Stöob: Gestalt und Wandel altsächsischer Stammesgliederung vom frühen bis zum hohen Mittelalter; Gudrun Pischke (Göttingen): Der Historische Atlas Niedersachsens; Heinrich Schmidt (Oldenburg): Der Historische Atlas im Rahmen der Arbeiten der Historischen Kommission für Niedersachsen; Christian Lamschus (Lüneburg): Wege des Salzhandels von Lüneburg in den Ostseeraum.

Das östliche Mitteleuropa war Gegenstand der 2. und 4. Arbeitssitzung und soll hier etwas ausführlicher behandelt werden. Heinz Lingenberg (Lübeck) beschrieb „Das Putziger Wick in der alten Kartographie bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts“, indem er zunächst auf die geographischen und geologischen Grundlagen sowie die hydrologischen Bedingungen einging. Die zunehmend genaueren Karten der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert (Waghenaer, Clemens, Pleutner) gewannen militärgeographisch an Bedeutung für diesen Raum, während die großräumigen Karten des frühen 16. Jahrhunderts (Magnus, Zell) die Realität noch weit verfehlten. Den Karten des 17. Jahrhunderts lagen zumindest Teile der Pleutnerkarte zugrunde und erst das Werk Pettersons von 1792 zeigte entscheidende kartographische Fortschritte gegenüber den Arbeiten der vorangegangenen 200 Jahre. Die gleichzeitig beginnenden Landesaufnahmen von Ost- und Westpreußen (Engelhardt/Gilly, Schroetter) bildeten den Wendepunkt zur exakten kartographischen Darstellung dieses Raumes.

Über die Arbeiten am Atlas Historyczny Śląski, dessen zweiter Teil 1984 erschien und der Schlesien am Ende des 18. Jahrhunderts behandelt, berichtete Wanda Kononowicz (Breslau). Zunächst ging sie kurz auf das Konzept des gesamtpolnischen Historischen Atlas und die darin bisher veröffentlichten vier Atlaswerke ein. Wurde in den Atlanten der Wojewodschaft Plock, von Polnisch-Preußen (Westpreußen) und von Masowien das 16. Jahrhundert behandelt, so entschied man sich beim schlesischen Teil für die Darstellung des späten 18. Jahrhunderts, vor allem deswegen, weil dort zu der Zeit noch eindeutig feudale Verhältnisse vorherrschten. Der Beitrag von Frau Kononowicz am schlesischen Atlas war die Rekonstruktion eines Stadtplans von Bres-